

4614/J XX.GP

der Abgeordneten Haller und Kollegen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Schikanen und Benachteiligungen von österreichischen Firmen durch bayerische Behörden

Durch zwei Zeitungsartikel, welche von Schikanen und Benachteiligungen von österreichischen Firmen durch deutsche bzw. Bayerische Behörden berichtet wurde die Erstanfragerin auf diesen für österreichische Unternehmer unzumutbaren Zustand aufmerksam.

Wie die Tiroler Tageszeitung vom 22.06.1998 berichtet wurde der Wirtschafts - LR Eberle daraufhin aktiv und verordnete seinen Landesbeamten, ein gleichermaßen unflexibles und langwieriges Agieren gegenüber bayerischen Ansuchern.

Da hier anscheinend im Zuge der Beitrittsverhandlungen und des Betrittes zur EU Versäumnisse der Bundesregierungsverhandler zu tage getreten sind, und auch im nachhinein von Ihrem Ministerium keine Verhandlung bzw. Klärung in dieser Sache unternommen wurde stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, daß es Versuche gibt, österreichische Firmen durch bayerische Vorschriften, welche ein zeitaufwendiges und kostenintensives Verfahren mit sich bringen, indirekt von Aufträgen auszuschließen?
2. Wenn ja, seit wann und was haben Sie dagegen unternommen?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Werden die im Zeitungsartikel erwähnten Verhandlungen von LR Eberle mit bayerischen Behörden unter Einbeziehung Ihres Ministeriums geführt?
5. Sind außer Tiroler Unternehmern auch andere österreichische Unternehmen davon betroffen?
6. Wird von Ihrem Ministerium die Möglichkeit einer Klage vor dem EU - GH überprüft und unter welchen Voraussetzungen wird diese eingebracht?
7. Wie groß ist der wirtschaftliche Schaden der den Unternehmungen durch diese Vorschriften entstanden ist?
8. Wie viele Betriebe mußten aufgrund dieser Vorschriften und dem damit verbundenen Auftragsentgang zusperren?